

Antrag 31/I/2026
OV Joachimsthal-Schorfheide, OV
Finow

Empfehlung der Antragskom-
mission
Erledigt

Der/Die Landesparteitag möge
beschließen:

Kostenfreie Kindertagesbetreuung für alle Kinder in Brandenburg –
von der Krippe bis zum Hort

1 Die SPD Brandenburg setzt sich
2 für die vollständige und einkom-
3 mensunabhängige Beitragsfrei-
4 heit in der Kindertagesbetreuung
5 ein.
6 Krippen, Kindertagesstätten,
7 Horte und Kindertagespfle-
8 gestellen sollen im gesamten
9 Land Brandenburg grundsätz-
10 lich kostenfrei für alle Familien
11 zugänglich sein.
12 Elternbeiträge zur Finanze-
13 rung der Kindertagesbetreuung
14 sind vollständig abzuschaffen.
15 Die Finanzierung erfolgt so-
16 lidarisch aus Landesmitteln
17 unter angemessener Beteiligung
18 des Bundes, um eine qualita-
19 tiv hochwertige frühkindliche
20 Bildung und verlässliche Be-
21 treuungsangebote dauerhaft
22 sicherzustellen.

Beschlusslage

23

24 **Begründung**

25 Familien in Brandenburg stehen
26 weiterhin unter erheblichem

27 finanziellen Druck. Steigen-
28 de Mieten, hohe Energie- und
29 Lebensmittelpreise sowie all-
30 gemeine Preissteigerungen
31 belasten Haushalte aller Einkom-
32 mensgruppen. Diese Entwicklung
33 betrifft nicht nur Familien mit
34 niedrigen Einkommen, sondern
35 reicht bis weit in die Mitte der
36 Gesellschaft hinein. Gleichzeitig
37 nimmt das Armutsrisiko mit
38 jedem weiteren Kind zu – ei-
39 ne Entwicklung, der politisch
40 entschieden begegnet werden
41 muss.

42 Dabei ist klar: Kindertagesbetreu-
43 ung ist kein optionales Angebot
44 für Eltern, sondern liegt in höchst-
45 tem Maße im gesellschaftlichen
46 Interesse. Der Besuch von Krip-
47 pen, Kitas und Horten ist – eben-
48 so wie der Besuch von Schulen
49 und Hochschulen – ein zentraler
50 Bestandteil des öffentlichen Bil-
51 dungssystems. Frühkindliche Bil-
52 dung ist keine private Konsum-
53 entscheidung, sondern eine In-
54 vestition des Staates in seine Bür-
55 ger*innen, die sich langfristig so-
56 zial, wirtschaftlich und demokra-
57 tisch auszahlt.

58 Diese Investition darf keinem
59 Kind vorenthalten werden,
60 unabhängig vom Einkommen

61 oder Vermögen der Eltern. Bil-
62 dungsgerechtigkeit bedeutet
63 nicht, Bildungsangebote nur
64 dort öffentlich zu finanzieren,
65 wo Bedürftigkeit nachgewiesen
66 wird, sondern allen Kindern
67 von Beginn an gleiche Zugangs-
68 bedingungen zu eröffnen. Ein
69 solidarisches Gemeinwesen
70 lebt davon, dass öffentliche
71 Bildungsangebote von allen
72 genutzt werden und nicht in ein-
73 kommensabhängige Kategorien
74 aufgespalten werden.

75 Einkommensabhängige Eltern-
76 beiträge stehen diesem An-
77 spruch entgegen. Sie erzeugen
78 bürokratischen Aufwand, verfestigen
79 soziale Unterschiede und
80 fördern die Vorstellung, frühkind-
81 liche Bildung sei in erster Linie
82 Privatsache. Nach Einkommen
83 gestaffelte Kitagebühren sind
84 dabei ebenso wenig gerecht wie
85 einkommensabhängige Schul-
86 gelder oder Studiengebühren.
87 Bildung verliert ihren Charakter
88 als öffentliches Gut, wenn sie an
89 individuelle Zahlungsfähigkeit
90 geknüpft wird.

91 Darüber hinaus ist die vollstän-
92 dige Beitragsfreiheit auch ein
93 wichtiger Standortfaktor. Bran-
94 denburg steht im Wettbewerb

95 mit angrenzenden Bundeslän-
96 dern um Familien, Fachkräfte
97 und junge Erwerbstätige. Kos-
98 tenfreie Kindertagesbetreuung
99 kann einen entscheidenden
100 Anreiz für die Binnenzuwande-
101 rung von Familien aus Berlin,
102 Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-
103 Vorpommern oder Sachsen
104 darstellen und damit aktiv zur
105 Stabilisierung und Belebung vie-
106 ler Regionen im Land beitragen.
107 Eine beitragsfreie Kindertagesbe-
108 treuung ist zugleich ein klares Zei-
109 chen dafür, dass die SPD wie-
110 der sichtbar und glaubwürdig Po-
111 litik für Werktätige macht. Sie ent-
112 lastet Arbeitnehmer*innen un-
113 mittelbar, erhöht die Nettohaus-
114 haltseinkommen ohne Lohnver-
115 zicht und verbessert die Verein-
116 barkeit von Familie und Beruf.
117 Damit gewinnt die SPD an At-
118 traktivität für diejenigen, die tag-
119 täglich Leistung erbringen und
120 auf verlässliche öffentliche Infra-
121 struktur angewiesen sind.
122 Auch aus demographischer Ver-
123 antwortung ist dieser Schritt
124 notwendig. Brandenburg steht
125 – wie viele ostdeutsche Flä-
126 chenländer – vor erheblichen
127 demographischen Herausfor-
128 derungen: sinkende Geburten-

129 zahlen, Abwanderung junger
130 Menschen und eine alternde
131 Gesellschaft. Kostenfreie Kin-
132 dertagesbetreuung stärkt die
133 Entscheidung für Kinder, unter-
134 stützt Familien langfristig und
135 leistet damit einen zentralen
136 Beitrag zur Zukunftssicherheit
137 des Landes – wirtschaftlich, sozial
138 und gesellschaftlich.

139 Häufig wird eingewandt, eine
140 vollständige Beitragsfreiheit
141 komme auch einkommens-
142 starken Familien zugute und
143 entziehe dem Staat notwendige
144 Mittel. Diese Argumentation
145 verkennt den Kern staatlicher
146 Verantwortung. Wenn dem Staat
147 Mittel für gesamtgesellschaftli-
148 che Aufgaben fehlen, ist nicht der
149 Zugang zu Bildung zu begrenzen,
150 sondern die Einnahmeseite zu
151 stärken. Ein solidarisches Steu-
152 ersystem – insbesondere eine
153 stärkere Beteiligung sehr hoher
154 Einkommen und Vermögen – ist
155 das geeignete Instrument, um
156 öffentliche Aufgaben zu finan-
157 zieren, unabhängig davon, ob
158 Steuerzahlende selbst Kinder
159 haben oder nicht.

160 Eine grundsätzlich kostenfreie
161 Kindertagesbetreuung stärkt den
162 sozialen Zusammenhalt, fördert

163 die Gleichstellung von Frauen
164 und Männern, wirkt präventiv
165 gegen Kinderarmut und setzt ein
166 klares politisches Signal: Bran-
167 denburg versteht frühkindliche
168 Bildung als öffentliche Verant-
169 wortung und als Investition in
170 seine Zukunft.